



Berlin aktuell



Thema der Woche • Thema der Woche • Thema der Woche • Thema der Woche

Die politische Lage in Deutschland **Gegen Hass und Intoleranz** Bildung in Deutschland – guter Zwischenstand

Mehr als 3,7 Millionen Menschen sind am Sonntag in Frankreich auf die Straße gegangen, um ihr Mitgefühl mit den Opfern der Terroranschläge in Paris auszudrücken. Sie wollten deutlich machen, dass sie sich ihre Art zu leben auch durch derart brutale Überfälle mitten im friedlichen Alltag nicht nehmen lassen. Dass ihnen Werte wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wichtig sind, dass sie Intoleranz und Hass ablehnen. Weltweit haben Menschen ebenfalls ihre Solidarität und Verbundenheit bekundet. Etwa 50 Staats- und Regierungschefs haben persönlich an der beeindruckenden Trauerveranstaltung in Paris teilgenommen. Angela Merkel und viele andere Teilnehmer aus Deutschland haben unsere Verbundenheit mit unseren französischen Nachbarn bekundet.

Bei aller Trauer um die Opfer von Paris dürfen wir aber nicht vergessen, dass auch in anderen Regionen der Welt immer mehr Gräueltaten von Terroristen begangen werden, die sich auf den Islam berufen. Denken wir nur an die Terrorgruppe Boko Haram, die in Nigeria gerade in diesen Tagen wieder unvorstellbare Massaker an Frauen und Kindern verübt hat. Oder an die unschuldigen Kinder, die in Pakistan von islamistischen Terroristen niedergemetzelt wurden, nur weil sie Schulbildung suchten. Nicht verschweigen sollten wir auch, dass gerade die Verfolgung von Christen – insbesondere durch den islamistischen Terror – in aller Welt zugenommen hat.

Wir sind entschlossen, die Werte von Demokratie und Freiheit gegen Fanatismus und Terror zu verteidigen. Ohne Meinungsfreiheit und ohne die Freiheit der Presse ist Demokratie nicht denkbar. Auch dann, wenn uns nicht jedes Ergebnis, jedes Produkt dieser Nutzung der Freiheitsrechte gefallen mag. Man kann sicher über Karikaturen in Zeitschriften wie „Charlie Hebdo“ streiten. Sie treffen sicherlich nicht jedermanns Geschmack. Aber es muss sie geben dürfen, wenn wir in einem freiheitlichen und demokratischen Europa leben wollen. Es ist gut, dass Christen, Juden und

Muslime, Inländer und Ausländer, Politik und Zivilgesellschaft überall in Europa die Terroristen gemeinsam als das benennen, was sie sind: Feige und heimtückische Verbrecher, deren Tat für niemanden ein Gewinn ist. Und deren Verbrechen keine Rechtfertigung finden können. In keiner Ideologie und in keiner Religion dieser Welt.

Zugleich müssen wir Maßnahmen ergreifen, um die Terrorgefahr weiter einzudämmen. Die verschiedenen Vorschläge hierzu müssen jetzt in aller Ruhe und Besonnenheit ohne Scheuklappen diskutiert werden. Die Verschärfung des Terrorismusstrafrechts, etwa beim Besuch von Terrorcamps oder bei der Terrorismusfinanzierung sind erste Maßnahmen. Auch über die Terrorismusbekämpfung im Internet wollen wir vorbehaltlos reden. Gleiches gilt auch für die Vorratsdatenspeicherung. Sie soll nur unter hohen rechtstaatlichen Hürden zum Einsatz kommen und ermöglicht den Ermittlungsbehörden den Nachweis, wer wann mit wem telefoniert hat. Wohlgemerkt: es geht hierbei nicht um die Aufzeichnung der Gesprächsinhalte, sondern nur um die Verbindungsdaten, die obendrein nur auf richterliche Anordnung zugänglich gemacht würden. Wir waren vor Paris für eine Speicherung von Verbindungsdaten bei den Providern, und wir sind es auch nach den schrecklichen Attentaten. Die Verbindungsdaten können jetzt helfen herauszufinden, wie groß das Terrornetzwerk in Frankreich ist. Das ist die Frage, die ganz Frankreich derzeit umtreibt. Die Daten können aber auch im Vorhinein helfen: Seit dem 11. September 2001 sind auch in Deutschland Attentate verhindert worden, weil Daten und Informationen ausgetauscht wurden. Die Speicherung von Verbindungsdaten kann im Vorfeld eines Attentats helfen, Netzwerke gefährlicher Islamisten und Terroristen aufzudecken.

Neben der bedrückenden Befassung mit der Gefahr des islamistischen Terrors haben wir in dieser Woche natürlich auch andere wichtige Themen wie z.B. den Nationalen Bildungsbericht

2014 beraten. Dieser zeigt auf, dass sich die Kennzahlen für Bildung in Deutschland deutlich verbessert haben. Die Tendenz zeigt in allen Bildungsbereichen klar nach oben. Bei der Kinderbetreuung und der Weiterbildung haben wir die gesetzten Ziele schon jetzt erreicht. Enorm ist auch, dass sich die Zahl der Hochschulabsolventen seit 2002 verdoppelt hat, was für eine erhebliche Erhöhung des Bildungsstandes der Bevölkerung spricht. Allerdings hat diese Entwicklung eine Kehrseite, die wir schon seit einiger Zeit aufmerksam begleiten: Die Zahl der Studienanfänger liegt erstmals gleichauf mit der Zahl derer, die eine berufliche Ausbildung begonnen haben. Bei aller Wertschätzung für die akademische Bildung müssen und werden wir Sorge dafür tragen, die duale berufliche Ausbildung in Deutschland zu stärken. Sie ist ein Markenzeichen und Erfolgskern unseres Landes und Grundlage für die hervorragende Qualität unseres Handwerks. Die duale Ausbildung zeichnet auch verantwortlich für die geringste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa. Mit der Stärkung des Meister-BAföGs und anderen geeigneten Mitteln werden wir die Attraktivität der beruflichen Ausbildung erhöhen. Damit werden wir auch vorausschauend dem sich im Zuge des demografischen Wandels andeutenden Fachkräftemangel vorbeugen.

Der diesjährige Bildungsbericht legt außerdem einen Schwerpunkt auf das Thema „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem.“ Bei einer grundsätzlich konstanten Zahl von 493.000 Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf steigt deren Anteil angesichts insgesamt sinkender Schülerzahlen auf 6,6 Prozent aller Schüler in Deutschland. Der Bericht belegt die Fortschritte der Inklusion: Immer mehr Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen besuchen gemeinsame Kindertageseinrichtungen und Schulen, allerdings mit einem abnehmenden Anteil mit zunehmendem Alter.

Der größte Handlungsbedarf besteht weiter bei den jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss. Hier setzt die Ausbildungsallianz insbesondere mit den Instrumenten der ausbildungsbegleitenden Hilfen und der assistierten Ausbildung an. Mit den Bildungsketten und einer Verbesserung der Betreuung von Schülern an den Übergängen ihres Bildungsweges gibt es gute Möglichkeiten zur Vorbeugung. Unser Antrag greift das Jahresthema des Bildungsberichtes auf und fordert die Bundesregierung dazu auf, Forschungsprojekte

für die Entwicklung von Strategien mit dem Schwerpunkt Lernmaterialien und Unterrichtshilfen für Kinder mit einer Behinderung zu fördern. Auch die Aus- und Weiterbildung für die neuen Aufgaben der inklusiven Bildung soll für das Personal aller Bildungsinstitutionen in Abstimmung mit den Ländern vorangetrieben werden.

Die Woche im Parlament

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel anlässlich der Terroranschläge in Frankreich. Die Bundeskanzlerin hat über ihre Gespräche in Paris berichtet und ist auf Konsequenzen auf die fürchterlichen Terroranschläge eingegangen. In der anschließenden Debatte haben wir deutlich gemacht, dass wir uns die Errungenschaften unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht nehmen lassen.

Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen. Anlass unseres Antrages ist die Internationale Grüne Woche, die in dieser Sitzungswoche eröffnet wird. Gegenstand unserer Initiative sind gesunde und sichere Lebensmittel, sowie eine ausgewogene Ernährung bei einem ausgeglichenen Lebensstil. Schon Kinder und Jugendliche müssen stärker als bisher für die Zusammenhänge von Ernährung, Bewegung und Gesundheit aufgeklärt werden. Wir fordern daher, die erfolgreichen Programme der Ernährungsbildung fortzuführen und einheitliche Standards in der Gemeinschaftsverpflegung in Bildungseinrichtungen einzuführen.

Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte. Wir haben in 1. Lesung den Antrag der Bundesregierung beraten, die Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte durch eine Ausbildungsmission zu unterstützen. Der Einsatz erfolgt im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit gemäß Art. 24 Abs. 2 Grundgesetz und soll zu einer effektiven Bekämpfung der Terrororganisation IS beitragen. Grundlage ist ein Aufruf durch die Weltgemeinschaft, den von IS ausgehenden Terror als Gefahr für die internationale Sicherheit zu begreifen - wie in der Resolution 2170 des Sicherheitsrates der VN benannt. Der Einsatz von bis zu 100 Soldaten der Bundeswehr, die in Rotation mit weiteren internationalen Partnern tätig werden, ist zunächst bis zum 31.1.2016 befristet.

Begleitend kann, vorbehaltlich der ressortübergreifenden Abstimmung, eine weitere bedarfsorientierte Ausrüstungshilfe an die auszubildenden Streitkräfte erfolgen.

Fortsetzung der Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO auf Ersuchen der Türkei und auf Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen) sowie des Beschlusses des Nordatlantikrates vom 4. Dezember 2012. Angesichts des mit unverminderter Härte andauernden syrischen Bürgerkrieges haben wir den Antrag der Bundesregierung auf eine Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr am Active-Fence-Mandat zur Luftverteidigung der Türkei beraten. Gemeinsam mit unseren NATO-Partnern unterstützen wir das NATO-Land Türkei, das selbst über keine Fähigkeiten zur Abwehr ballistischer Raketen verfügt. Das deutsche Einsatzkontingent soll weiterhin mit einer Höchstgrenze von 400 Soldaten in Kahramanmaras stationiert bleiben. Die deutschen Soldaten sollen weiterhin an der luftgestützten Frühwarnung im Rahmen der Luftraumüberwachung und bei dem Austausch und Abgleich gewonnener Lagebildinformationen mitwirken.

Fünftes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (5. SGB IV-ÄndG) [optimiertes Meldeverfahren]. Zur Verbesserung der Datenqualität und der Verfahrenssicherheit soll das Meldeverfahren in der sozialen Sicherung überarbeitet werden. Wir diskutierten die Maßnahmen in 1. Lesung. Der Gesetzesentwurf umfasst weitere Regelungsinhalte, etwa zur Entgeltbescheinigung, zur Meldung von Daten für die Beitragsberechnung der Unfallversicherung sowie zur Rentenversicherung.

Gesetz zur Stärkung des Rechts des Angeklagten auf Vertretung in der Berufungsverhandlung und über die Anerkennung von Abwesenheitsentscheidungen in der Rechtshilfe. Mit dem Gesetz, dessen Entwurf wir in 1. Lesung beraten haben, sollen die Vorgaben aus einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 8. November 2012 in deutsches Recht umgesetzt werden. Gegenstand ist die Stärkung des Rechts des Angeklagten auf Vertretung in der Berufungshauptverhandlung.

Grundsätzlich soll es möglich werden, bei Anwesenheit des Verteidigers auch in Abwesenheit des Angeklagten zu verhandeln, sofern nicht besondere Gründe dessen Anwesenheit erforderlich machen.

Gesetz zur Änderung des Bundesbeamtengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften. Um den Wechsel von Personal zwischen dem öffentlichen Dienst des Bundes hin zu europäischen oder anderen internationalen Institutionen zu erleichtern, schaffen wir die dienst- und datenschutzrechtlichen Voraussetzungen. Diese Verbesserungen für künftiges deutsches Personal bei internationalen Organisationen haben wir in 2./3. Lesung beschlossen.

Nationaler Bildungsbericht – Bildung in Deutschland 2014. Als zentralen Erfolg kann der Bildungsbericht eine generelle Erhöhung des Bildungsstands der Bevölkerung und eine steigende Zahl der Hochschulanfänger feststellen. Diese war im Berichtsjahr zum ersten Mal so hoch wie die Zahl der Ausbildungsanfänger. Neben dem Regierungsbericht haben wir einen Antrag beraten, der schon im Titel seine wesentlichen Ziele formuliert: *Bildung in Deutschland gemeinsam voranbringen, Lehren aus dem Nationalen Bildungsbericht 2014 ziehen, Chancen der Inklusion nutzen.* Damit ergänzen wir in optimaler Weise den Bildungsbericht, der die Situation von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zum Schwerpunkt macht.

Gesetz zu dem Abkommen vom 15. Mai 2014 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden. Der Gesetzesentwurf, den wir in 1. Lesung beraten haben, soll die Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens schaffen und den bisherigen deutsch-polnischen Polizeivertrag aus dem Jahr 2012 ersetzen. Entscheidend ist, dass das Abkommen mit einer Erweiterung der Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz- und Zollbehörden eine weitere Verbesserung bei der Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität erreicht.

Daten und Fakten

Demographischer Wandel verstärkt Fachkräftemangel. Im September 2014 gab es in 139 von 615 Berufsgattungen Fachkraftengpässe. Davon spricht man, wenn aus dem Kreis

der Arbeitslosen nicht alle offenen Stellen in diesem Bereich zu besetzen sind. Insgesamt 6,7 von 23,9 Mio. Fachkräften arbeiteten in Engpassberufen. Die meisten Engpassberufe gibt es in den Bereichen „Gesundheit, Soziales und Bildung“ sowie „Bau- und Gebäudetechnik“. Der absehbare Renteneintritt der sogenannten Babyboomer-Generation wird mittelfristig zu einem erhöhten Ersatzbedarf an Fachkräften führen. Von den 6,7 Mio. Engpass-Fachkräften werden 2,1 Mio. innerhalb der nächsten 15 Jahre den Arbeitsmarkt verlassen. Kleinere und mittlere Unternehmen sind von Engpässen deutlich häufiger betroffen als große Unternehmen. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Christenverfolgung nimmt zu. Laut dem jüngst vom christlichen Hilfswerk Open Doors veröffentlichten Weltverfolgungsindex (WVI) werden heute weltweit rund 100 Mio. Christen um ihres Glaubens willen verfolgt. Das 13. Mal in Folge steht Nordkorea auf dem unrühmlichen Platz 1 des WVI, gefolgt von Somalia, dem Irak, Syrien, Afghanistan, Sudan, dem Iran, Pakistan, Eritrea und Nigeria. In 18 der 20 am höchsten eingestuften Länder gilt „Islamischer Extremismus“ als eine Haupttriebkraft der Verfolgung. Die stärkste Zunahme der Christenverfolgung vollzieht sich in Afrika, besonders in den Ländern südlich der Sahara. Neben dem gewalttätigen Vorgehen islamistischer Gruppierungen trägt dazu wesentlich die schleichende Islamisierung einiger Staaten bei. Ein Beispiel hierfür ist Kenia, das auf dem Index den stärksten Sprung nach oben macht - von Platz 43 auf Platz 19. Gleichzeitig verdeutlicht der WVI, dass auch die Schwere der Verfolgung weltweit zugenommen hat. (Quelle: Open Doors)



Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 7 46 66
Fax: (030) 227 7 66 66
www.flachsbarth.info